



**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

## **Unia Kongress 2016 – Resolution «Soziale Sicherheit und Ausgleich»**

# **Für eine soziale Offensive**

**Die Unia wehrt sich gegen die Sozialabbau und Austeritätspolitik und lanciert eine Kampagne zur Verteidigung der sozialen Sicherheit, des Service Public und der Steuergerechtigkeit.**

### **Die soziale Grundlage der Demokratie ist in Gefahr**

Nach drei Jahrzehnten immer aggressiverer Umverteilungspolitik zu Gunsten der Reichen und Superreichen droht die Schweiz ihr soziales Gleichgewicht zu verlieren.

- Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt bereits 40 Prozent der steuerbaren Vermögen – während über die Hälfte (56%) ohne oder fast ohne (< 50'000 Franken) dastehen.
- Der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen blutet die öffentlichen Finanzen aus; eine Annahme der USR III würde der öffentlichen Hand jährlich weitere 1,5 Milliarden an Unternehmenssteuereinnahmen kosten. Der damit zusammenhängende Abbau beziehungsweise die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen geht auf Kosten der grossen Bevölkerungsmehrheit.
- Die unsoziale Finanzierung der Krankenkassen mit ständig steigenden Kopfprämien sowie die Erhöhungen der Mehrwertsteuer stellen für immer breitere Bevölkerungskreise eine zunehmende Belastung dar.
- Der Angriff auf die AHV sowie die Einschnitte bei der Arbeitslosen- und der Invalidenversicherung und bei der Sozialhilfe treffen die schwächsten Bevölkerungsschichten besonders hart.

Diese falsche Spar- und Abbaupolitik kann die Zukunftsherausforderungen für unser System der sozialen Sicherheit und des Service public nicht bewältigen. Stattdessen bedroht sie die Grundlage unserer sozialen Demokratie: das Versprechen, dass alle Menschen ein gleiches Recht auf Lebenschancen haben und auf angemessene Weise am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand partizipieren können.

### **Gleiche soziale Rechte für alle**

Soziale Sicherheit bedeutet in einer modernen Demokratie nicht «Almosen für die Bedürftigen», sondern gleiche soziale Rechte für alle. Dazu gehören neben dem Recht zur Teilhabe an Wissen, beruflicher Bildung, angemessenem Wohnraum, Gesundheitsversorgung und kulturellen Aktivitäten auch die Garantie einer würdigen Existenz in allen Notsituationen.

Die Unia strebt darum eine umfassende soziale Absicherung an, die im Fall eines unvorhersehbaren Ereignisses und nach der Pensionierung die Weiterführung eines autonomen Lebens in Würde und mit dem bisherigen Lebensstandard garantiert. Sie darf niemanden ausschliessen und niemanden diskriminieren, weder auf Grund des Geschlechts noch der sozialen oder geografischen Herkunft. Ihre Ausgestaltung und Finanzierung soll sich an den Prinzipien der sozialen Solidarität und des Ausgleichs zwischen Reich und Arm, zwischen den Generationen und zwischen den Geschlechtern orientieren.

### **Soziale Sicherheit, Service public und Steuergerechtigkeit: bewahren, verbessern und erneuern**

Diese Idee der «gleichen sozialen Rechte für alle» ist zugleich das Leitmotiv für unsere Abwehrkämpfe gegen den laufenden Sozialabbau und die Austeritätspolitik, für unsere pragmatischen Verbesserungsvorschläge und für unsere langfristige Vision der sozialen Sicherheit.

- **Historische Errungenschaften der sozialen Sicherheit, des Service Public und der Steuergerechtigkeit bewahren:** Die im Rahmen der Altersreform 2020 geplante Erhöhung des Rentalters – gleich durch welchen Mechanismus – die Kürzung der AHV-Witwen- und Kinderrenten sowie der Abbau der zweiten Säule, insbesondere durch die Senkung des Umwandlungssatzes, sind inakzeptabel. Wir werden diesen Angriff auf unsere Rechte mit dem Referendum bekämpfen. Wir engagieren uns gleichermassen an vorderster Front gegen die USR III, gegen die Senkung der Unternehmenssteuern in den Kantonen, gegen das schädliche «Stabilisierungsprogramm 2017-2019» des Bundes und kantonale Sparprogramme, sowie gegen sämtliche Privatisierungsvorhaben, sei es auf kommunaler, kantonaler oder auf Bundesebene.
- **Bestehendes verbessern:** Nach wie vor deckt unsere Sozialversicherungssystem wichtige Risiken nicht oder nur ungenügend ab. Dies gilt insbesondere für Berufskrankheiten und die Pflegebedürftigkeit im Alter sowie für die mit der Elternschaft verbundenen finanziellen Belastungen. Diese Lücken sind zu stopfen. Unsoziale Kopfprämien – namentlich bei den Krankenkassen - sind durch ein ausgleichendes Finanzierungsmodell zu ersetzen.
- **Erneuern und auf Veränderungen reagieren:** Um den gesellschaftlichen Veränderungen gerecht zu werden und neue Diskriminierungen zu verhindern, müssen die Sozialversicherungen neue Lebens- und Arbeitsmodelle (z.B. Patchwork-Familien, Teilzeitarbeit, JobSharing, Phasen der beruflichen Neuorientierung) umfassend berücksichtigen und absichern. Die Unia lanciert zudem eine breit abgestützte Debatte darüber, wie im 3-Säulen-System der Altersvorsorge und darüber hinaus die Elemente des sozialen Ausgleichs und des Umlageverfahrens gestärkt werden können.